

Beilage zu Nr. 18257 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 24. April 1890.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom 23. April.

Berathung des Antrags Balan (conf.) u. Gen. auf Herabsetzung der Eisenbahnfrachtsätze auf weite Entfernungen für den Versand von Getreide, Malz und Mühlenfabrikaten aus den östlichen nach den westlichen Provinzen.

Ein Antrag Bork (nat.-lib.) u. Gen. wünscht diese billigeren Frachtsätze auf weitere Entfernungen überhaupt zur Erleichterung der in obigem Antrage erwähnten Producte und außerdem für den Versand von Vieh.

Vom Abg. v. Sedlitz (freicons.) u. Gen. wird beantragt, die Regierung aufzufordern, Untersuchungen über die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der etwaigen Einführung eines ermäßigten Eisenbahntarifs für die Beförderung von Getreide, Malz, Mühlenfabrikaten und Vieh auf weitere Entfernungen anzustellen und das Ergebnis dieser Untersuchungen dem Abgeordnetenhaus in der nächsten Session vorzulegen.

Abg. Schäfer (freicons.): Der Nothstand der östlichen Provinzen ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß für die landwirtschaftlichen Producte ein lohnender Absatz nicht zu finden ist. Gegenüber der Einfuhr des russischen Getreides ist eine Concurrenz um so weniger möglich, als dieses Getreide den billigen Wasserweg benützt, während wir den Schienenweg benutzen müssen. Dazu kommt, daß auch im Innern von Rußland das Getreide auf weite Entfernungen zu viel billigeren Frachtsätzen gefahren wird, als dies bei uns der Fall ist. Zu hohe Frachtsätze haben dieselbe Wirkung wie Zollschranken im Inlande. Haben wir Zollschranken nach Außen, so müssen wir sie im Innern beseitigen und den freien Verkehr fördern. Bei billigeren Tarifsätzen würden die Eisenbahneinnahmen vermindert werden. Billigere Tarife würden auch den Eisenbahngüterverkehr steigern, denn das Getreide, welches jetzt den Wasserweg wählt, würde sich dann dem Schienenwege zuwenden. Aber selbst wenn wirklich, wie im Landes-Eisenbahnrathe regierungsseitig behauptet worden ist, der Einnahmeausfall 3 bis 3½ Mill. jährlich betragen würde, hätte dies irgend eine Bedeutung gegenüber so weitgehenden Interessen ganzer Landestheile? Uebrigens sind wir gern bereit, in eine noch eingehendere Prüfung dieser Frage einzutreten, und ziehen deshalb den Antrag v. Balan zu Gunsten des Antrages v. Sedlitz zurück. (Beifall rechts.)

Abg. v. Rauchhaupt (conf.): Das Argument, daß das russische Getreide zu sehr billigen Tarifen bis zur Grenze transportirt wird, spricht gerade gegen den Antrag; denn ist jene Angabe richtig, so wird die Concurrenz doppelt gefährlich für uns. Der Abg. Schäfer hat in seiner Broschüre über diese Frage den mittleren Provinzen anheim gestellt, das Getreide, welches sie aus dem Osten bekommen, nach dem Westen weiter zu schieben. Nun ist aber der Export z. B. der Provinz Sachsen nach der Rheinprovinz und Westfalen so gut wie Null. Wir müssen uns den Export erst erobern, und das wird erschwert, wenn der Wassertransport auf dem Rhein und auf der Weser so billig ist, daß wir deshalb mit dem Eisenbahntransport nach dem Westen nicht concurriren können. Dies Bedenken schließt aber nicht aus, daß man der Frage überhaupt

näher tritt. Die heutigen Verhandlungen werden vielleicht die Folge haben, daß die Interessen der östlichen und mittleren Provinzen etwas mehr gegen einander abgemogen werden. In diesem Sinne stimme ich für den Antrag v. Sedlitz.

Abg. Graf Kanitz (conf.): Die Abmessung der Frachtsätze ist eine Lebensfrage für die Erwerbszweige, die durch hohe Frachtsätze lähm gelegt, durch niedrige zu unüberhältnismäßiger Entwicklung gebracht werden können. Das kleine Kapital ist gegenüber dem großen durch den Tarif erheblich benachtheiligt, insofern die Stückgutfracht verhältnismäßig theurer ist als volle Wagenladungen. In dieser Bevorzugung eines Theils der Erwerbszweige liegt die Ursache des starken Zuges der Arbeiter aus den östlichen Provinzen in die Industriezentren. Ich gönne zwar der Industrie die niedrigen Frachtsätze, in anderen Ländern sind diese sogar noch niedriger, aber die Tarife für die landwirtschaftlichen Producte sind zu hoch. Das ist die Hauptsache. Und nicht nur Ost- und Westpreußen, sondern überhaupt die östlichen Provinzen kommen dabei in Betracht. Die hohe Fracht drückt den Getreidepreis natürlich und führt allmählich zur Verarmung der östlichen Provinzen in Folge der Vermehrung des Imports und Verminderung des Exports. In den letzten drei Jahren haben in Ostpreußen die Hypothekenschulden um 64 Mill. Mk. zugenommen. Von den Subventionen im letzten Jahre entfallen allein auf die fünf östlichen Provinzen 88 Proc. und auf Westpreußen und Posen einfaßt hiervon die Hälfte. Der Osten kann nicht mehr so hohe Arbeitslöhne zahlen wie der Westen, daher kommt der Abzug der Arbeiter nach Westen. Der Reichskanzler hat, allerdings aus triftigen Gründen, die Einwanderung russisch-polnischer Arbeiter unter sagt; aber was wird aus dem Lande? Sollen wir die Felder ungebaut, die Ernte auf dem Halme verfaulen lassen? Der Reichskanzler wird die Niederlassung der polnischen Arbeiter wieder gestatten müssen, der deutsche Arbeiter wandert aus, der genügsame Slave rückt ein. Bei den letzten Reichstagswahlen sind 26 800 polnische Stimmen mehr abgegeben worden als vor drei Jahren. Die Polonisation der östlichen Provinzen vollzieht sich ganz von selbst. Was helfen der Regierung die Anstrengungen mit dem Ansiedelungswesen? Der Hundertmillionenfonds hat sich ohnmächtig erwiesen. Der Minister v. Bötticher hat Ostpreußen besucht, um den Nothstand zu untersuchen. Was das Ergebnis dieser Enquete war, weiß ich nicht, aber gesehen ist buchstäblich nichts. Zwischen den Getreidepreisen im Westen und Osten besteht ein Unterschied von 30—50 Mk. pro Tonne, lediglich in Folge der hohen Eisenbahnfrachten. Auch die Mühlenindustrie könnte durch eine Herabsetzung der Tarife für Mehl gehoben werden. Die Eisenbahneinnahmen würden sich eher steigern, als einen Ausfall erleiden. An den Frachtsätzen auf kurze Entfernungen soll ja auch nichts geändert werden, wir wollen nur einen Staffeltarif je nach der Entfernung. Der beliebteste Einwand, daß das russische Getreide davon Nutzen haben und den Preis des deutschen drücken wird, ist auch nicht stichhaltig. Das russische Getreide wird nach wie vor den Seeweg nehmen, aber abgesehen davon, könnte für das russische der Tarif von 4/5 Pf. aufrechterhalten und dem deutschen ein Rabatttarif gewährt werden. Ist nicht der Schutz des inländischen Getreides die Aufgabe des Zolltarifs? Man

hätte den umgekehrten Weg in der Wirtschaftspolitik eingeschlagen und erst billige Frachtsätze einführen müssen, um den Verkehr zwischen Consumenten und Producenten zu erleichtern, und dann sich fragen, wie die Getreidezölle zu normiren wären, um Deutschlands Existenz zu sichern. So sind jetzt unhaltbare Zustände gekommen, die östlichen Provinzen liegen außerhalb der Schutzmauer, die gegen das russische Getreide errichtet ist. Die Industriebezirke waren gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen und haben jetzt den größten Vortheil davon, während die, welchen die Verstaatlichung zu danken ist, vernachlässigt werden. Ich bin stets für die Industrie eingetreten, wenn man ihr den Zollschutz nehmen wollte, ich kenne die Bedeutung einer conjunkturfähigen, wohlhabenden Industrie auch für die Landwirtschaft und weiß, wie auch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes von einer blühenden Industrie abhängt, aber lassen Sie gleiches Maß walten und auch die Landwirtschaft Theil haben.

Abg. v. Huene (Centr.): Der Vorredner hat auf die ungeheure Macht des Eisenbahnministers hingewiesen. Dies klingt doch wie der Ausdruck des Raketenjägers nach dem Rausch der Verstaatlichung. Sie haben es ja gewollt, daß in die Hand eines, wenn auch noch so tüchtigen Mannes, eine solche gewaltige Macht gelegt wurde; Sie haben uns überstimmt, und die Konsequenzen sehen wir nunmehr vor uns. Graf Kanitz führte ferner aus, die Industrie des Westens schicke dem Osten ihre Producte zu billigeren Frachtsätzen, während der Osten sein Getreide ihnen nicht billiger schicken könne. Ist das die Ausführung des Verlangens nach gleichem Maß und gleichem Rechte? Gewiß nicht! Nun sprechen Sie von der Heranziehung der überschießenden Kräfte in unserem östlichen Nachbarstaat für die Landwirtschaft der östlichen Provinzen. Wer hat denn die Regierung bei der Ausweisungsmasregel gegen die russisch-polnischen Unterthanen unterstützt? Nicht wir, sondern Sie sind es gewesen (Gehr gut!), und nun schreien Sie über die Folgen derselben! Daß Ost- und Westpreußen landwirtschaftlich eine überaus ungünstige Lage haben, muß zugegeben werden. Hilfe muß dort geschaffen werden, aber nicht auf dem in seiner Wirkung durchaus unsicheren Wege einer künstlichen Pflege der Absatzverhältnisse, sondern auf dem Wege der Verbesserung der Produktionsbedingungen, der dauernden Erfolgs verspricht. Dazu gehört auch die Arbeiterfrage, deren Lösung im Sinne einer Verbesserung der Produktionsbedingungen angeregt wird. Entweder wird durch den Antrag das rheinische Getreide herabgedrückt, dann wird der Preisunterschied zwischen östlichem und rheinischem Getreide so niedrig, daß der Transport nicht lohnt, und das russische Getreide wird dann doch niedriger. Oder das Getreide am Rhein wird vertheuert, dann wird die Socialdemokratie davon Nutzen haben. Eine Zollpolitik ist möglich im Kampf gegen das Ausland, nie aber gegen das Inland, gegen einzelne Provinzen. Die Getreidezölle gegen das Ausland haben wir geschaffen und werden sie verteidigen, weil sie für die Landwirtschaft unentbehrlich sind, aber Zollschranken im Innern werden wir niemals aufrichten. Deshalb werden meine Freunde den Antrag Bork nicht annehmen, wohl aber können wir denselben eingehender erörtern, und ich empfehle die Ueberweisung aller Anträge an die Tarifcommission.

Abg. v. Sedlitz (freicons.): Der Verlauf der Debatte hat gezeigt, daß keine Klarheit darüber besteht, was dem Osten zu Gute gethan werden kann, ohne dem übrigen Staat zu viel Opfer zuzumüssen. Es liegt daher im Interesse aller Theile, daß zunächst eine eingehende Prüfung der in Betracht kommenden wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse stattfindet. Aus diesen Gründen nehmen Sie meinen Antrag an.

Abg. Broemel: Ein Theil der heutigen Reden macht den Eindruck, als ob das Getreide in vieler Hinsicht ein unnützes, ja schädliches Product sei, das bei einer möglichst bald los werden, der Andere möglichst dauernd vom Halse sich halten möchte. Das ist die Folge davon, daß man immer nur einseitig den Standpunkt des Producenten vertritt. Andererseits hat die Debatte die Erscheinung zu Tage gefördert, daß auch solche Herren, welche bisher in zollpolitischen Fragen nur das Interesse des Producenten sehen, heute mit einem Male einen hellen Blick für das Interesse des Consumenten gewinnen. Die Rede v. Huenes stimmt in einem großen Theil so völlig mit meinen Anschauungen überein, daß, wenn er nicht den unglückseligen Schwanz angehängt hätte, ich ihn als einen guten freihändlerischen Gesinnungsgewonnen zu begrüßen bereit gewesen bin. Wie man vor 12 Jahren alles hell von der Einführung hoher Zölle erwartete, so erwartet Graf Kanitz jetzt alles von einer Aenderung der Eisenbahntarifs. Er jagt damit aber nur einem ungreifbaren Phantom nach. Es kommt nicht darauf an, eine künstliche Regelung der Produktionsverhältnisse durch Tarife zu schaffen, sondern vor allem darauf, die Bedingungen, unter denen die landwirtschaftliche Production stattfindet, zu bessern. Wir, die wir einen Antrag auf allgemeine Ermäßigung der Eisenbahntarife gestellt haben, können jedes Bestreben, zunächst auf einem bestimmten Gebiete eine Herabsetzung der Tarife zu erlangen, willkommen heißen; denn dies würde weiter wirken zur Ermäßigung auf anderen Gebieten. Aber der Antrag auf Herabsetzung der Getreidetarife geht aus von dem Standpunkt des Producenten, und zwar in derselben kurzfristigen Weise, welche sich in der Zollpolitik an den Interessen der östlichen Provinzen bereits so bitter gerächt hat. Einer solchen Tarifsreform, welche nur einzelne hervorragende Erzeugnisse der Landwirtschaft besser stellt als bisher, stellen wir den Grundgedanken unseres Antrages entgegen, daß die Ermäßigung der Gütertarife sich möglichst auf alle wichtigen Transportartikel zu erstrecken habe. Die Herabsetzung der Getreidetarife würde in Westdeutschland preisdrückend für das Getreide wirken. Eine solche Wirkung würde erst in vollem Maße würdigen lehren, was eine Ermäßigung der Tarife bedeutet. Gerade auch im Interesse der landwirtschaftlichen Production, ihrer Erleichterung und Verbilligung liegt eine ausge dehntere Ermäßigung der Gütertarife. Das einzige, was Ost- und Westpreußen ausführen können, ist ein stärkerer Weizen; das einzige aber, was West- und Süddeutschland brauchen kann und vom Auslande bezieht, ist ein klebereicher Weizen und Roggen. Deshalb ist das gewisse Abgabegbiet für den stärkeren Weizen aus West- und Ostpreußen England. Die Ausfuhr dorthin wird aber durch die Schutzpolitik und namentlich durch den Identitätsnachweis verhindert. Eine Ermäßigung der Tarife würde in den Produktions- und Absatzverhältnissen des

